



Harald Ebner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025
harald.ebner@bundestag.de
www.harald-ebner.de

Schwarz-Gelb will Einfluss der Gentechnik-Lobby auf Regulierungsbehörden unter den Filzteppich kehren

Berlin, 13.06.2012: *Zum Bericht der Bundesregierung über Interessenkonflikte und einseitig besetzte Gremien beim Bundesinstitut für Risikobewertung erklärt Harald Ebner, Sprecher für Agrogentechnik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:*

Die Organisation Testbiotech hat am 24. 5. in einem Bericht Interessenkonflikte in der Expertenkommission für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) aufgedeckt. Die Bundesregierung wies die Kritik heute im Agrarausschuss des Bundestages pauschal als „haltlos“ und „ohne jede Grundlage“ zurück, ohne konkret Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen, geschweige denn sie zu widerlegen. Offenbar treffen die von Testbiotech erhobenen Vorwürfe zu, wonach die vorgeschriebenen Erklärungen über mögliche Interessenkonflikte von einer großen Zahl der Experten im GVO-Panel nicht oder nicht vollständig ausgefüllt wurden. Das BfR und das ihm übergeordnete BMELV ignorieren damit die eigenen Vorschriften und gefährden damit das öffentliche Vertrauen in die staatliche Risikobewertung.

Vertreter der schwarz-gelben Koalition verunglimpften die Studie von testbiotech als „Pamphlet“ und warfen dem Autor des testbiotech-Berichts Christoph Then wegen seiner früheren Tätigkeit für die Umweltschutzorganisation Greenpeace „Befangenheit“ vor. Union und FDP haben aber offenbar kein Problem damit, wenn die als „unabhängig“ gepriesenen Experten der BfR-Kommission Beiträge in Werbebroschüren einschlägiger Firmen schreiben.

Pressemitteilung



Harald Ebner

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 / 227-73025, Fax 030 / 227-76025
harald.ebner@bundestag.de
www.harald-ebner.de

Statt einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Problem wurde dem BfR von der Bundesregierung „untadelige“ Arbeit und „höchste Sachkompetenz“ zugesprochen, es herrsche „vollkommene Transparenz“, die Auswahl der Mitglieder von Beratungsgremien erfolge rein nach „wissenschaftlicher Kompetenz“, eine Bewerbung stünde auch Umwelt- und Verbraucherorganisationen frei. Eine Erklärung dafür, warum dann bislang kein Vertreter aus diesem Bereich den Gremien trotz geeignet qualifizierter Personen angehört, blieb die Bundesregierung dagegen schuldig.

Die Bitte des Ausschussvorsitzenden, die Diskussion über diesen Skandal nicht im Ausschuss zu führen, sondern in ein parlamentarisches Hinterzimmergremium zu verschieben, bildete den unrühmlichen Abschluss der Debatte. Transparenz geht anders!

Pressemitteilung